

# Pressemitteilung

---



Datum: 27.01.2014

lfd. Nummer 1

Kontakt: **Gabriela Kohlenberg**  
Regionsabgeordnete

Mobil: 0151-11 59 08 37

## Abfallpolitik von Rot/Grün ist für die Tonne

„Die Verärgerung der Menschen über die neuen Abfallgebühren ist völlig berechtigt“, sagt die Abgeordnete der CDU Fraktion Region Hannover, Gabriela Kohlenberg. Nachdem die alte Gebührenordnung gerichtlich für rechtswidrig erklärt worden war, waren die Regionsverwaltung und aha in der Pflicht, eine neue Gebührensatzung zu erstellen. „Was dabei herausgekommen ist, geht völlig an den Forderungen des Urteils vorbei und bedeutet für die meisten Haushalte in Stadt und Umland unzumutbare Steigerungen ihrer Müllgebühren“, so Kohlenberg weiter. Anstatt das Urteil des Oberverwaltungsgerichts sauber umzusetzen, wurde die Gelegenheit genutzt, um aha unnötig hohe Gebühren zu bescheren. Gleichzeitig erfüllten SPD und Grüne eine in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschriebene Forderung. „Das ist ein Paradebeispiel für eine politisch handelnde Verwaltung à la Hauke Jagau und das Gegenteil verantwortungsvoller und vertrauenswürdiger Politik.“

Derzeit beteuert aha, dass der Zweckverband keine Gewinne machen dürfe und es deshalb unsinnig sei, überhöhte Gebühren zu verlangen. „Die Wahrheit sieht jedoch anders aus“, so Kohlenberg „aha verfügt über ein völlig intransparentes Rechnungswesen, in der viele Kosten nicht nachvollziehbar sind. Hier sind Positionen enthalten, die den Gebührenhaushalt unglaublich aufblähen und permanent von den Menschen bezahlt werden müssen. Das verschweigen die Verantwortlichen natürlich gerne.“

Größter Aufreger dieser Tage ist jedoch die Vernachlässigung des vom Gesetzgeber geforderten Anreizes zur Müllvermeidung. Ein jetzt angesetztes Mindestvolumen von 10 Litern pro Person und Woche war schon seinerzeit von dem Gericht als eher durchschnittlich kritisiert wurden. Warum aha 20 Liter pro Person und Woche ansetzte und lediglich Umlandbewohnern eine Reduzierung per Fragebogen ermöglichte, bleibt deren Geheimnis. „Den Bewohnern der Landeshauptstadt dürfte diese Option aufgrund fehlender Informationen seitens aha unbekannt sein“, so die Abgeordnete der CDU-Fraktion.

# Pressemitteilung

---

Es wird sich zeigen, inwiefern die Selbstsicherheit der Regionsverwaltung und von Rot/Grün angesichts des neuen Gebührensystems berechtigt ist. Die Klagewelle, die derzeit auf das Verwaltungsgericht Hannover und wieder auf das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg zurollt, spricht für sich.

Kohlenberg äußert abschließend: „Ich gehe davon aus, dass Rot/Grün sowie der noch amtierende Regionspräsident Hauke Jagau vom Wähler die Quittung für diese Gebührenungerechtigkeit bekommen werden. Denn sie allein tragen die Verantwortung für dieses Gebührenchaos!“